

Erklärung der Initiative ZEITENWENDE MARBURG zur Eskalation im Nahen Osten

1. Der Überfall der Hamas auf Israel mit mehr als 1200 bestialisch ermordeten Israelis und 240 in die Geiselhaft Entführten war ein Akt der Barbarei, die schlimmste Terroraktion gegen das israelische Volk seit der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948. Er ist durch nichts zu rechtfertigen. Die Hamas erkennt das Existenzrecht Israels nicht an. Ihr Ziel ist die Vernichtung Israels und die Errichtung eines palästinensischen Staates in ganz Palästina. Sie hält ihr eigenes Volk im Gazastreifen in Geiselhaft und ist weder eine Befreiungsbewegung noch Teil eines Kampfes gegen Kolonialismus oder Rassismus, sondern eine Terrororganisation.
2. Israel hat unbestritten das Recht, sich gegen Terrorakte zur Wehr zu setzen und seine Bevölkerung vor einer Wiederkehr solcher Attacken zu schützen. Das Ziel einer Zerschlagung der Hamas-Strukturen und die dazu notwendigen Militäraktionen Israels sind deshalb legitim und durch das Völkerrecht gedeckt. Dabei das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu beachten, gehört allerdings auch zum Völkerrecht. Israel ist der einzige Staat in dieser Region, der eine demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung hat. Wir erwarten von der Führung dieses Staates, dass sie die Normen des Völkerrechts einhält und das Menschenmögliche unternimmt, um das Leben der Zivilbevölkerung in Gaza zu schützen. Dazu gehören auch Fluchtkorridore, Feuerpausen und die Zulassung humanitärer Hilfslieferungen. Es ist davon auszugehen, dass es das taktische Kalkül der Hamas ist, durch die beispiellose Brutalität ihres Angriffs eine Eskalation zu provozieren.
3. Unsere Anteilnahme und unser Mitgefühl gilt allen Opfern und ihren Angehörigen. Sie gilt den Toten und Verletzten auf israelischer wie auf palästinensischer Seite. Und sie gilt den Geiseln. Soweit die Militäraktionen den Tod von unbeteiligten Zivilisten verursachen, hat diese Opfer zuerst die Hamas zu verantworten. Im Unterschied zum Terror der Hamas ist die israelische Militäraktion nicht darauf aus, möglichst viele zivile Opfer zu fordern. Dieser Unterschied darf bei den Bewertungen des Geschehens in Gaza nicht aus dem Auge verloren werden. Wir wenden uns deshalb gegen eine Täter- Opfer-Umkehrung, wie sie in Teilen der Öffentlichkeit verbreitet ist. Wir haben aber auch zunehmend Zweifel, ob die seit einem halben Jahr andauernden israelischen Militäraktionen in Gaza noch durch das Selbstverteidigungsrecht Israels gerechtfertigt sind. Die humanitäre Lage dort ist schrecklich und erfordert dringend stärkere internationale Hilfe.
4. Auch wenn die Zerschlagung der Hamas gelingen sollte, ist damit noch keine Lösung erreicht, die den Weg für eine friedliche Zukunft der Region weisen kann. Auch wenn sie derzeit weiter entfernt scheint denn je, sind wir der Auffassung, dass längerfristig eine Zwei-Staaten-Lösung die Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedenslösung schaffen kann. Das wird mit den religiösen Fanatikern der Hamas kaum möglich sein. Zu einer solchen Lösung gehört freilich auch die Bereitschaft der israelischen Seite zur Aussöhnung und zum Kompromiss. Eine solche Bereitschaft ist bisher von Seiten der Regierung Netanjahu nicht zu erkennen. Zunehmend ist die Siedlungspolitik

Israels im Westjordanland ein Hindernis für eine Verhandlungslösung gewesen. Wir hoffen, dass auch ein durch Terroranschläge traumatisiertes Land die Kraft findet, zu einer solchen Lösung beizutragen.

5. Wir sind entsetzt über die vielen Zeichen eines alten und neuen Antisemitismus, die derzeit in vielen westlichen Ländern zu beobachten sind. Leider auch in Deutschland. Wir sind bestürzt über die Folgen von antisemitischen und islamistischen Feindbildern, die zum Teil aus der islamischen Welt importiert sind. Sie zeigen massive Versäumnisse bei der Integration von Zuwanderern und bei der Kontrolle von Organisationen, die von Staaten der islamischen Welt gesteuert und finanziert werden. Ebenso bestürzend finden wir die an vielen Universitäten des Westens, bei Intellektuellen und Kulturschaffenden verbreitete Haltung des „ja, aber“, die häufig in einen latenten oder gar offenen Antisemitismus mündet.
6. Wir finden es schrecklich, wenn jüdische Mitbürger in diesen Tagen angegriffen werden, sich bedroht fühlen, ihre kulturellen Symbole attackiert werden, aber auch mangelnde Empathie und Wärme beklagen müssen. Für das Land, in dem unsere Vorfahren die schlimmsten Verbrechen in der langen Geschichte der Judenverfolgung überhaupt begangen haben, ist dies besonders erschreckend. Deshalb rufen wir alle Marburgerinnen und Marburger auf, jeglichen Zeichen von Judenhass und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Marburg, 24.11.2023 [ergänzt: 26.04.2024]